Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 24 (1998)

Heft: 1

Artikel: Talcott Parsons und die Re-Education-Politik der amerikanischen Besatzungsmacht

Autor: Gerhardt, Uta

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-814261

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz. Z. Soziol./Rev. suisse sociol./Swiss Journ. Sociol., 24 (1), 1998, 121–151

TALCOTT PARSONS UND DIE RE-EDUCATION-POLITIK DER AMERIKANISCHEN BESATZUNGSMACHT

Uta Gerhardt
Universität Heidelberg

1. Einleitung

Zuerst in den fünfziger und den sechziger Jahren hat die Rezeption der Soziologie Talcott Parsons' seinem Werk der vierziger Jahre in zweifacher Weise unrecht getan. Das erste Mißverständnis betraf Parsons' Verhältnis zur historischen Empirie. Sein *Social System* (1951) wurde zeitgenössisch weltweit gelesen als das Werk eines scheinbar „unheilbaren Theoretikers"[1], und ebenso erging es seinem fast zeitgleich wiederaufgelegten Buch *The Structure of Social Action* (1937/1949) und der ersten Auflage seiner *Essays in Sociological Theory*, die 1949 erschien. Die Rezeption der drei Bücher – sowohl wenn sie kritisch war wegen angeblich ahistorischer Abstraktion als auch wenn sie affirmativ war wegen taxonomischer Stringenz – verstand Parsons' Ansatz als eine meisterhafte Modellskizze über gesellschaftliche Gesamtprozesse. Kritik und Lob waren sich darin einig, mit einer einzigen Ausnahme – soweit erkennbar –, daß Parsons jenseits der zeitgenössischen oder überhaupt der geschichtlichen Gesellschaftswelt argumentierte (Coser 1950, House 1950, Becker 1952, Faris 1953; einzig adäquat dagegen: König 1956).

Das zweite Mißverständnis betraf das Verhältnis der Parsons'schen strukturell-funktionalen Systemtheorie zum Totalitarismus. Weltweit wurde Ralf Dahrendorfs 1958 erhobener Vorwurf rezipiert, Parsons' Systemtheorie enthalte implizit den Entwurf einer konfliktfrei hermetischen Zwangsgesellschaft à la Aldous Huxleys 1932 entworfener Utopie einer „Schönen Neuen Welt" (Dahrendorf 1958). Der Vorwurf wurde ursprünglich von Theodor W. Adorno erhoben.[2] Zum einen beschuldigte Adorno 1955 Parsons' Systemtheorie –

1 Noch Mitchell (1967) (der ansonsten die seit C.W. Mills (1959) übliche Polemik gegen „Grand Theory" vermeidet, daß sie der „soziologischen Phantasie" ermangele) stellt Parsons' Werk unter das seinerzeit im *Social System* gewählte Motto, nämlich die Bezeichnung als „incurable theorist". Die Widmung des *Social System* an Helen Parsons lautete ursprünglich im Wortlaut: „To Helen whose healthy and practical empiricism has long been an indispensable balance-wheel for an incurable theorist".

2 Dahrendorf war bekanntlich kurze Zeit Assistent am Frankfurter Institut für Sozialforschung im Jahr 1954 (Peisert 1994: 5 f.). Dazu berichtet Wiggershaus (1986: 525), daß Adorno, der Dahrendorf offenbar besonders positiv einschätzte, an Horkheimer danach schrieb, Dahrendorf

ungerechterweise – der Ignoranz gegenüber dem psychoanalytischen Bild des Menschen,[3] und zum anderen verglich er Parsons' Gesellschaftskonzeption mit Huxleys „Utopie" einer freiheits- und individualitätsfeindlichen instrumentalistischen Hypergesellschaft.[4] Dem Rekurs Adornos auf das menschliche Unbewußte als ein mutmaßliches Korrektiv an Parsons' Menschenbild, das angeblich Übersozialisation postulierte („oversocialization", auch normativen Determinismus), schlossen sich viele kritische Stimmen der sechziger und siebziger Jahre explizit oder implizit an (Martindale 1960, Wrong 1961, Habermas 1963, Bergmann 1967, Offe 1970, Gouldner 1970, Atkinson 1971).

Beide Mißverständnisse wurden zwischenzeitlich beseitigt. Aber die Würdigung der Leistung des Parsons der vierziger Jahre, die in der deutschen Soziologie längst hätte erfolgen sollen, steht großenteils noch aus. Dem Mißverständnis der Ahistorizität begegnete Jeffrey Alexanders monumentale Rekonstruktion der Parsons'schen Theorie (1983), die seinen Rekurs auf die Geschichte Deutschlands und der USA insbesondere für seine „mittlere Schaffensphase" hervorhob. Auch zeigte Charles Camics Aufriß der Arbeiten vor 1937, daß Parsons in seinen frühen Aufsätzen auf zeitgenössische Theoreme der historisch-soziologischen Erklärung vielfach zurückgriff (etwa auf diejenigen Max Webers, Werner Sombarts, Edwin Gays, Richard Tawneys u. a.), also keineswegs ahistorisch-taxonomisch verfuhr. Die sekundäranalytischen An-

---

sei „wohl der stärkste Beweis für unsere These, daß in einem strengen Sinn nichts nach uns kommt".

3 Es gilt zu bedenken, daß Parsons in der Zeit ab 1946 sich einer Psychoanalyse (sogar einer Lehranalyse) bei Grete Bibring unterzog, einer Emigrantin aus Wien, die Mitte der fünfziger Jahre Präsidentin der Boston Psychoanalytical Society war. Vgl. Schwanenberg 1970: 195.

4 Adorno kontrastierte in seinem Beitrag zur Festschrift anläßlich Horkheimers sechzigstem Geburtstag Psychologie mit Soziologie derart, daß erstere Hort des Individuums in einer Welt der Unterdrückung und letztere die Wissenschaft der hermetischen Harmonisierung gesellschaftlicher Konflikte und individueller Eigenheiten sei. Er schrieb über die Psychologie, wobei er allerdings die Psychoanalyse bejahte: „Das Subjekt, in dem Psychologie als ein der gesellschaftlichen Rationalität Entzogenes überwog, galt von je als Anomalie, als Kauz; im totalitären Zeitalter ist seine Stätte das Arbeits- und Konzentrationslager, wo es ‚fertig gemacht', erfolgreich integriert wird" (1955: 20 f.). Er schrieb über Soziologie, insbesondere diejenige Parsons': „Parsons zufolge gelingt etwa die von ihm stillschweigend und generell als positiv unterstellte Integration einer Gesellschaft, wenn deren funktionelle Bedürfnisse – als objektiv-soziales Moment – mit den Schemata des ‚durchschnittlichen Überichs' übereinstimmen. Dies Ineinanderpassen der Menschen und des Systems wird zur Norm erhoben, ohne daß der Stellung jener beiden ‚Maßstäbe' im Ganzen des gesellschaftlichen Prozesses, ohne daß zumal dem Ursprung und Rechtsanspruch des ‚durchschnittlichen Überichs' nachgefragt wäre. Auch schlechte, repressive Zustände können in einem solchen Überich normativ sich niederschlagen. Der Preis, den Parsons für die begriffliche Harmonie zu entrichten hat, ist, daß sein Begriff der Integration, positivistisches Nachbild der Identität von Subjekt und Objekt, einem unvernünftigen Zustand der Gesellschaft Raum ließe, wofern er nur Macht genug hätte, die ihm Angehörigen vorweg zu modellieren. Die Koinzidenz des durchschnittlichen Überichs und der funktionellen Bedürfnisse eines sozialen Systems, nämlich der seiner eigenen Perpetuierung, ist in Huxleys Brave New World triumphal erreicht" (1955: 13 f.).

sätze, die sehen, daß Parsons historisches Geschehen und historisch-analytische Studien in den dreißiger und vierziger Jahren miteinander verband, suchen allerdings seine Leistung bis heute vor allem in der Formulierung einer systematischen Gesellschaftstheorie, nicht in der Bezugnahme auf Probleme der Politik oder der alltäglichen Praxis. Bis heute ist trotz der Gegenbeweise Alexanders, Camics u. a. immer noch verbreitet unstrittig, daß Parsons' Theorieentwurf überzeitlich habe gültig sein wollen. Diese Auffassung wird sekundäranalytisch zudem unterstrichen mit dem Hinweis, daß feststehe, er habe allgemeine analytische Modelle schaffen wollen. Es ist heute an der Zeit, dagegen zu argumentieren, und zwar ist auf der Grundlage des tatsächlichen Werks im einzelnen zu zeigen, daß das Werk stark historisch verankert und ausgerichtet war.

Das zweite Mißverständnis war, daß Parsons' Begriff des Totalitarismus und insbesondere des Nationalsozialismus nicht richtig wiedergegeben wurde. Dieses Mißverständnis ist zwar ebenfalls seit den achtziger Jahren ausgeräumt, aber daß es korrigiert ist, scheint vielfach nicht bekanntgeworden zu sein. Parsons wird beispielsweise in der neuentstandenen historischen Soziologie überhaupt nicht rezipiert (Smith 1991): Diese hat zwar bis heute wenig über Deutschland oder den Nationalsozialismus geforscht, doch wäre es möglich gewesen, Parsons als Theoretiker historisch sich entwickelnder Gesellschaften wahrzunehmen, selbst dort, wo seine Soziologie des Nationalsozialismus nicht rezipiert wurde. Das erste Zeichen der bei Parsons vorhandenen Totalitarismusanalyse setzte Rainer Baums und Frank Lechners Rekonstruktion des Parsons'schen Nationalsozialismus-Verständnisses (1981). Einen weiteren Beitrag lieferte Roland Robertsons und Bryan S. Turners Neubestimmung des sekundäranalytischen Bildes der Parsons'schen Modernitätstheorie(n) (1991). Schließlich zeigte auch, von mir herausgegeben, *Talcott Parsons on National Socialism* (1993), daß ein enger Bezug zwischen Geschichte und Theorie für Parsons bestand und daß sein Oeuvre über Nationalsozialismus breit angelegt und soziologisch aufschlußreich war (Strasser 1994, Turner 1994, Keen 1995).

Damit ist zwar erwiesen, daß seine Soziologie nicht konservativ war und den Nationalsozialismus nicht verharmloste. Es steht heute fest, daß sein politischer Standpunkt anti-faschistisch war; Vorwürfe, er sei unbemerkt pro-faschistisch gewesen, greifen ins Leere, obwohl sie seit dem Ende der achtziger Jahre wiederholt geäußert wurden (z. B. Diamond 1992: 91); sie sind in jüngster Vergangenheit deutlich zurückgewiesen worden (Wrong 1996, Gerhardt 1996e). Aber eine breite Rezeption der revidierten Parsons'schen Soziologie hat bisher wohl kaum stattgefunden. In der soziologischen Sekundärliteratur herrscht nach wie vor eine Auffassung vor, die weder seine historisch-politische Empirie-Orientierung zur Kenntnis nimmt noch in Bezug auf Deutsch-

land seine Verdienste bei der Bekämpfung des Nazireiches hervorhebt. Wohl mag es weiterer Quellenfunde im Archiv der Harvard-Universität bedürfen, ehe die ganze Breite des Parsons'schen politischen Engagements offen zutage liegt. Aber es scheint an der Zeit, daß die bereits bekannten Tatsachen in die Rezeption der Parsons'schen Soziologie einbezogen werden.

Diesem Anliegen widmet sich das vorliegende Papier. Es beabsichtigt in diesem Zusammenhang auch, den bisher bekannten Tatsachen der Parsons'schen Beschäftigung mit der Gesellschaft Deutschlands ein weiteres Detail hinzuzufügen, das werkbiographisch noch nicht aufgearbeitet worden ist. Mein Argument hat drei Schritte. Zunächst rekapituliere ich Parsons' Einsichten, die ihn als Deutschlandexperte bis 1945 zeigen. Danach erläutere ich die amerikanische Re-Education-Politik. Im dritten Teil werden die beiden vorherigen Teile miteinander verbunden. Deren Themen – Parsons' Soziologie und die Deutschlandpolitik der gesellschaftlichen Demokratisierung – überschneiden sich an einer strategischen Stelle, die im dritten Teil näher betrachtet wird. Eine wichtige Weichenstellung für die Geschichte Nachkriegsdeutschlands, so argumentiere ich, waren Memoranden Parsons', die er in einer Beraterfunktion für die *Foreign Economic Administration (Enemy Branch)* schrieb, eine regierungsnahe Behörde, die im Sommer 1945 u. a. vorbereitend und planend für die Deutschland betreffende Wirtschaftspolitik der Militärregierung zuständig war. Ich möchte zeigen, daß die Re-Education-Politik der Militärregierung und Parsons' Soziologie des „controlled institutional change" zusammenpaßten. Der (re)demokratisierende soziale Wandel für Deutschland – von der charismatisch-traditionalen zur rational-legalen Herrschaftsform – war ein direkt in der Soziologie Parsons' auffindbarer Topos. Parsons, der sich selbst – in der vielzitierten Widmung, seiner Frau Helen dankend – einen „unheilbaren Theoretiker" nannte, entwickelte seine Gedanken jedenfalls so realitätsnah, daß die eminent praktischen Probleme der Deutschlandpolitik des Kriegsendes darin einen Rahmen fanden, den die engagierten Experten der 1945 für die Entmilitarisierung der deutschen Wirtschaft vorübergehend zuständigen Planungsbehörde weiterentwickeln konnten.

2. Parsons als Deutschlandexperte im Zweiten Weltkrieg

Parsons' erste, offen kritische Stellungnahme gegen den Nationalsozialismus datiert unmittelbar nach dem Novemberpogrom 1938. In einem kurzen Zeitungsartikel prangerte er den Nationalsozialismus als Todfeind der Demokratie an, wobei er zwei aus der Soziologieperspektive weittragende Gründe für die welthistorische Gefährlichkeit des Naziregimes nannte: Die Zerstörung der Bil-

dung als des Mediums der rationalen Gestaltung der Welt, die in der Moderne mittels wissenschaftlich geprüftem Wissen geschieht, sowie die Gefährdung der Religion anläßlich des Rückschritts vom universalistischen (von Rasse etc. unabhängigen) Heilsprinzip zum partikularistischen („deutschen") Christentum bedeuteten den Verlust zentraler Errungenschaften der okzidentalen Kultur des Humanismus und der Humanität.[5] Kurz nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, der zunächst die USA nicht einbezog, empfahl er in einem Brief an beide Senatoren des Staates Massachusetts im amerikanischen Kongress, den Krieg nach kurzer Dauer durch sofortiges Eingreifen der USA zu beenden; dadurch könne der Welt schlimmeres Blutvergießen erspart werden, welches ansonsten bei einem zähen Niederringen des mit längerem Bestehen immer furchtbareren Naziregimes noch zu erwarten sei.[6] Sein Standpunkt – und auch derjenige einiger seiner Harvard-Kollegen – war, daß Pazifismus gegenüber einem menschenverachtenden Gewaltstaat einer unverantwortlichen Ermutigung des Verbrechensregimes gleichkäme.[7]

Die Soziologie Nazi-Deutschlands, das den Gegentypus zu den demokratischen Gesellschaften der angelsächsischen Länder bildete, beschäftigte ihn näher in den Jahren 1940–1942.[8] Sein systematischer Hauptpunkt war dabei der Gegensatz zwischen der charismatischen Führerherrschaft des Nationalsozialismus und der rational-legalen Herrschaft der angelsächsischen Demokratien[9]

5 Siehe Parsons (1938) und bezüglich der Bedeutung des humanistischen Erbes für die abendländische Kultur bereits Parsons (1937a). Den Zusammenhang erläutert hinsichtlich Universitäten Hartshorne (1937), ein Mitarbeiter Parsons'. Vgl. dazu auch Gerhardt 1991a: 213 sowie 1993: 5–8.

6 In dem Brief Parsons' vom 28. September 1939 an die beiden Senatoren des Staates Massachusetts heißt es: „There can be no doubt but that we have an interest in keeping out of war because participation inevitably involves great sacrifices and much social and economic dislocation. I do not, however, share the common view that the one important thing for this country is to keep out of war at all costs. Like every other interest, there is some justification up to a certain point and so long as the costs are not too great. The dangers of a peace at any price policy have been vividly brought home by the fate of the appeasement policy as pursued by the Chamberlain government". Parsons-Papiere im Archiv der Harvard-Universität, HUG(FP) – 42.8.2, Box 3 (im folgenden jeweils zitiert als PP-Fundort).

7 Zur Geschichte des Isolationismus der USA bis 1941 vgl. Ingersoll 1941, Schuman 1941, Cole 1953; bezüglich Haltung zum Isolationismus bei Parsons und in Harvard insgesamt vgl. Gerhardt 1993: 12–27.

8 Im Jahr 1941 plante er, zusammen mit Hartshorne, ein Buch über Deutschland mit dem Titel „German Social Structure and National Psychology". Das Buchprojekt scheiterte allerdings daran, daß Hartshorne, der im September 1941 von der Harvard-Universität zum Office of the Coordinator of Information (einer Vorläuferbehörde des Office of Strategic Services in Washington, D.C.) wechselte, nun bis Kriegsende nicht mehr publizieren durfte. Parsons' Vorarbeiten für das Buch erschienen in drei Aufsätzen des Jahres 1942 (Parsons 1942a–c).

9 Frankreich kam dabei nicht (mehr) in den Blickpunkt, weil es seit 1940 nach seiner Niederlage gegen Nazi-Deutschland eine Satellitenexistenz führte und zur Kollaboration gezwungen war. Zur Vorgeschichte der Niederlage Frankreichs durch Demoralisierung vgl. die zeitgenössischen Darstellungen bei Taylor 1940, Sullivan 1941.

– im Sinne der in Max Webers *Wirtschaft und Gesellschaft* explizierten Herrschaftstypen. Explizit begründete er, daß und inwiefern Webers Soziologie geeignet war zum analytischen Verständnis der „zeitgenössischen politischen Krise": Da Weber die Vorgeschichte des nun zum Weltkrieg eskalierten deutschen Imperialismus soziologisch und politisch untersucht hatte im Kontext des Kaiserreichs und Ersten Weltkriegs, konnte seine Analyse nun auch zur Erklärung der Weltbedrohung durch den Nationalsozialismus weitergeführt werden (Parsons 1993b: 159 f.). Im Sinne Webers sah er im Nationalsozialismus eine charismatische Herrschaft, die sich revolutionär als Überwindung des Rational-Legalen verstand.[10] Sowohl der freie Unternehmerkapitalismus als auch der Rechtsstaat waren im Nationalsozialismus Anti-Thema, und die Routinisierung des Charisma zu einem patrimonialen Traditionalismus zeichnete sich ab. Die seinerzeitige Beute- und Pfründenwirtschaft, die typisch für ein charismatisches Regime war, so Parsons, würde spätestens nach dem (falls für die Nazis siegreichen) Kriegsende abgelöst werden durch Satrapensultanismus mit Klientelpartikularismus in allen Gesellschaftsbereichen inklusive Wirtschaft, Bildung und Kultur. Deviant war das nationalsozialistische Deutschland insofern, als sein Zusammenhalt als „Volksgemeinschaft" resultierte aus (destruktiver) Propaganda und Gewalt – einem menschenfeindlichen Zwangsarsenal der sozialen Kontrolle, das ohne Rücksicht auf die Individualität der Bürger eingesetzt wurde. Demgegenüber bildete die Demokratie der USA (und Großbritanniens) eine tendentiell integrierte Gesellschaftsgemeinschaft. Damit war gemeint, daß diese Gesellschaften zusammengehalten wurden durch Anstrengungen des freiwilligen Miteinanders der Bürger im Interesse des eigenen Gemeinwohls. Im Krieg – also nach Kriegseintritt der USA – bildete dieses Gemeinsame den sozialwissenschaftlich georteten Angelpunkt einer Propaganda der wahren Inhalte („strategy of truth"[11]); hier nun wurden die Identifikationen der Bürger mit gesellschaftlichen Institutionen und staatlichen Gesetzen positiv verstärkt, so daß trotz Krieg ein Gemeinwesen der demokratischen Selbstkontrolle fortbestehen konnte.[12] Die Demokratie als Sy-

10 Die explizite Charakterisierung der Naziherrschaft als charismatisch im Sinne Max Webers geschah erstmals 1942, war aber bereits in *Structure of Social Action* angelegt; siehe dazu Parsons 1937b, 1942a sowie Gerhardt 1996b, 1998.

11 Mit dem Stichwort „Strategie der Wahrheit" wurde ab 1942 die Informationspolitik bezeichnet, die das Office of War Information und andere mit der Kriegführung oder der Unterrichtung der Bevölkerung befaßte Instanzen bewußt pflegten; dazu siehe Friedrich 1943. Über das Prinzip der wahrheitsgemäßen Darstellung anstatt lügenhafter Propaganda, das bei der Psychological Warfare Division herrschte, der u. a. die Soziologen Morris Janowitz und Edward Shils angehörten, vgl. Lerner 1949.

12 Parsons zeigte erstmals in *The Structure of Social Action* (1937b), daß auf freiwilliger Grundlage durch Normkonformität funktionsfähige („integrierte") Gesellschaften zu unterscheiden sind von durch Zwangsmittel des Terrors und der Einschüchterung zusammengehaltenen („devianten" bzw. anomischen) Gesellschaften. Im ersten Jahr der Kriegsteilnahme der USA widmete er diesem Thema einen Artikel, der klärte, daß verschiedene Arten der Propaganda zu unterscheiden

stem einer integrierten Gesellschaft entsprach dem Weber'schen Typus rational-legaler Herrschaft. Parsons konnte sich bezüglich der Unterscheidung zwischen einem auf Rechtsgeltung und einem auf Zwang beruhenden Staatswesen (wobei ersterer Staatstypus das Gewaltmonopol begrenzte, letzterer nicht) auf Weber berufen; dieser hatte die gesatzten Rechte ausnahmslos gleicher freier Staatsbürger zum Grundprinzip jener modernen gesellschaftlichen Ordnung gemacht, welche als einzige aus seiner Sicht akzeptabel war (Weber 1968: 539 f.).

Die Probleme des sozialen Wandels, der in Deutschland nach dem Ende des Nationalsozialismus zu geschehen hatte bzw. gestaltet werden mußte, beschäftigten Parsons 1944/1945. Dieser Wandel mußte vom Typus des mehr oder minder traditional veralltäglichten charismatischen Gewaltsystems zum Typus der rational-legalen demokratischen Herrschaft führen, so folgerte er in einem Aufsatz, der im Frühjahr 1945 in der Zeitschrift *Psychiatry* erschien.[13] Dieser Aufsatz war der vollständige Text eines Memorandums, das er im Herbst 1944 schrieb, und zwar als Beitrag zum Schlußbericht der Konferenzserie *Germany After the War*; diese Konferenzserie, die das Problem der kulturellen (zusätzlich zur ökonomischen und politischen) Veränderung Deutschlands behandelte, hatte der Neuropsychiater Richard Brickner im Frühjahr desselben Jahres unter der Schirmherrschaft des Kriegs- und des Außenministeriums organisiert.[14] Parsons' lange nach Abschluß der Konferenz(en) verfaßtes Memorandum reagierte auf die Politikperspektive des im Herbst 1944 aktuellen Morgenthau-Plans.[15] Dieser sah eine weitestgehende Entindustrialisierung

sind; siehe dazu Parsons 1942c. Diese Unterscheidung wird in der Sekundärliteratur oftmals nicht erkannt. Dies führt dazu, Integration bei demokratischen und diktatorischen (devianten) Gesellschaften fälschlich als dasselbe zu deuten. Dies wiederum führt zu einer unberechtigten Kritik an Parsons; ihm wird dann vorgeworfen, daß er liberale und faschistische Gesellschaften unter der Begriffsperspektive der instrumentalistischen Systemrationalität wie dasselbe ansehe und auch ineinssetze. Daraus wird sogar abgeleitet, daß er ein Apologet des imperialistischen Nationalstaates sei (Buxton 1986).

13 Siehe Parsons 1945; er bezeichnete seinen Essay als angewandte Sozialwissenschaft.

14 Brickners psychiatrisches Verständnis der Naziherrschaft, aus dem Parsons' Konzept der Redemokratisierung für Deutschland wesentliche Anregungen erhielt, wurde 1943 in einem Buch dargelegt, das landesweit Aufsehen erregte (Brickner 1943): Die Konzeption dieser politischen Psychiatrie war, daß die „deutsche Ideologie" des manichäischen Dritten Reiches einem paranoiden Wahn glich. Zu der durch das Kriegs- und Außenministerium ausgerichteten Tagung, zu der hauptsächlich Mediziner eingeladen waren, waren auch die Kulturanthropologin Margaret Mead und Parsons eingeladen; dazu im einzelnen Gerhardt 1991b: 186–194; 1993: 48–57; 1995: 203–211.

15 Die Hintergründe des sogenannten Morgenthau-Plans sind bisher nur unvollständig erforscht. Es ist wahrscheinlich, daß der Vorschlag, Deutschland zu einem Agrarland umzugestalten, einen Weg bezeichnen sollte, möglicherweise den nach Kriegsende wegen dessen hoher kriegsbedingter Auslandsverschuldung drohenden Staatsbankrott Großbritanniens abzuwenden. Der Weg der Entindustrialisierung Deutschlands schien Morgenthau gangbar, da damals realistischerweise erwartet werden mußte, daß Deutschlands Industrie wegen ihrer fast

Deutschlands vor – mit der Wirkung, Deutschland zu einem Agrarland zu machen. Darin schien – angesichts der aktiven Rolle Deutschlands bei der Entstehung des Ersten und Zweiten Weltkriegs – der beste Weg zur Verhinderung erneuter aggressiver Erstarkung Deutschlands zu liegen (Morgenthau 1945, Gareau 1961). Parsons stellte nun dar, daß die Überwindung des Traditionalismus in Deutschland insgesamt bis dato unzureichend gelungen war: z. B. verkörperte das nach wie vor in der Ministerialbürokratie dominante Junkertum eine eminent traditionalistische gesellschaftliche Kraft. Deshalb könnte ein dauerhafter Wandel Deutschlands zur friedlichen Nation auf anderem Wege als durch Entindustrialisierung erreicht werden. Das rational-legale Element des Gesellschaftlichen müßte explizit durch „controlled institutional change" gestärkt werden. Dies beträfe insbesondere die kapitalistische Wirtschaft, insofern die auf dem Markt konkurrierende Industrie, deren Unternehmen staatsunabhängig waren, einen Eckpfeiler jeglichen modernen demokratischen Gemeinwesens bildete. Die kapitalistische Wirtschaft müßte explizit erhalten werden, anstatt unbemerkt durch Entindustrialisierung geschwächt zu werden. Denn auf ihr beruhte die (allerdings nur residual in Deutschland noch vorhandene) Strukturgemeinsamkeit mit den westlichen Demokratien.

Zur Re-Etablierung eines rational-legalen Herrschaftstypus schlug Parsons drei Formen der planmäßigen Institutionenumgestaltung vor, die durch die (amerikanische) Militärregierung verwirklicht werden sollten: *Regressive* Kontrolle sollte zur Verhinderung weiterer Re-Traditionalisierung der Gesellschaftsvorgänge dienen, *permissive* Kontrolle sollte zur gezielten Förderung rational-legaler Strukturmuster und Handlungsorientierungen beitragen und *direkte* Kontrolle sollte zur Unterdrückung explizit rassistischer Ideologien, führerschaftlicher Lebensformen oder anderer Äußerungsgestalten des deutschen Nationalismus führen. Einzig probater Weg zur Umgestaltung der Gesellschaft in Deutschland, so führte er aus, sei die Überwindung askriptiver und die Verbreitung achievement-geprägter Handlungsorientierungen; in diesem Sinne war das Zentralmoment der demokratischen Selbstbestimmung der Bürger im Nachkriegsdeutschland der wirtschaftliche Wiederaufbau. Er setzte allerdings eine endgültige Befreiung der deutschen Wirtschaft sowohl von den Verengungen monopolistischer Marktschwächung als auch von den Fesseln staatlicher Gängelung voraus. Angesichts der zeitgenössischen Politikziele einer Entstaatlichung (Teilung) sowie Entindustrialisierung Deutschlands war der Vor-

hundertprozentigen Ausrichtung auf militärische Produktion bei Kriegsende vollständig zum Erliegen kommen würde; siehe dazu Penrose 1953. Parsons' Zielvorstellungen für Deutschland, die seine Empfehlung wirtschaftlichen Wiederaufbaus begründeten, waren dieselben wie bei Morgenthau; gesucht wurde eine Politik, die das aggressivste Land der Erde in Zukunft verwandelte in einen friedlichen Partner europäischer Staaten; siehe dazu auch Gerhardt 1996a, b.

schlag geradezu unglaublich, erst die politische Erhaltung und der wirtschaftliche Wiederaufbau des bis dato aggressivsten Landes der Erde bewirke seine friedliche Zukunft. Er führte dazu aus:

> *The essential thing is that there should be a policy of fostering a highly productive, full-employment, expanding economy for Germany. The inherent tendencies of the modern, industrial economy are such that if this is achieved its influence on institutional change will be automatically in the right direction. Conversely, tendencies to particularism, the breakdown of functional specialization, overemphasis on group solidarity are overwhelmingly defensive reactions to the insecurity attendant on a contracting field of opportunity. It is not modern industrialism as such, but its pathology and the incompleteness of its development which fosters these phenomena.*
>
> (Parsons 1993f: 314)

Demgemäß war „controlled institutional change" als Gesellschaftspolitik zu denken, die Deutschland zu einer Demokratie wandeln sollte. Insbesondere im Bereich Wirtschaft sollte die deutsche Gesellschaft nun der Modernität (Politikperspektive Demokratisierung) geöffnet und dadurch zu friedlichen Entwicklungen geführt werden. Erst dadurch konnte Nachkriegsdeutschland zu einem modernen Land mit vollends rational-legaler Herrschaftsstruktur werden.

3. Die Re-Education-Politik der amerikanischen Besatzungsmacht

3.1 Die Grundidee der demokratisierenden Gesellschaftspolitik

Die Politik der Re-Education für Deutschland zielte von Anfang an auf eine grundlegende Umgestaltung der typischen Mentalität der Deutschen. Der amerikanische Vizepräsident, Direktor des *Economic Warfare Board* und Landwirtschaftsminister Henry A. Wallace kleidete dieses Politikziel in einer Radioansprache zum Jahreswechsel 1942/43 in die Worte, daß die Deutschen „must learn to un-learn all that they have been taught not only by Hitler, but by his predecessors in the last hundred years, by their philosophers and teachers, the disciples of blood and iron". Die Formel war, „to de-educate and re-educate for Democracy", und für den sprichwörtlich Deutschen der Nach-Nazi-Ära sollte dies heißen: „He must be taught to give up the century-old conception that his is the master race".[16] Das Konzept der Re-Education entsprach eher demjenigen, das die zeitgenössische Psychiatrie für Rehabilitationsvorgänge ausgearbeitet hatte (Gerhardt 1991b, 1996c): Re-Education war die seit den

16 Zitiert bei O. H. Mowrer 1943: 174 f. nach New York Herald Tribune vom 29.12.1942.

dreißiger Jahren verbreitete Therapie für Paranoia, die als die gefährlichste, weil zu Mord befähigende Geisteskrankheit galt; die Therapie (Re-Education) bestand darin, durch ein „therapeutisches Bündnis“[17] zwischen den „gesunden Anteilen“ der kranken Person (Persönlichkeit) und dem diese „gesunden Anteile“ strategisch unterstützenden bzw. verstärkenden Therapeuten schließlich eine Verbreiterung der „gesunden“ Reaktionsfelder und dadurch eine Wiedergesundung des Paranoikers zu erreichen. Der psychiatrische Hintergrund des Gedankens der Re-Education, wie sie ab ca. 1943 für Deutschland diskutiert wurde, gab den gesellschaftsbezogenen Überlegungen eine gewisse Überzeugungskraft, wenngleich eher als tentative Leitidee. Es ist das Verdienst Brickners, des Neuropsychiaters der Columbia-Universität, daß er in seinem vielbeachteten Buch das Therapiemodell der Re-Education auf Deutschland anwandte und dadurch eine Konzeptionsgrundlage aufzeigte, die hinsichtlich der künftigen (Re)Demokratisierung Deutschlands in der Nachkriegszeit einen verwirklichbaren Gedanken darlegte (Brickner 1942, 1943, 1944). Entscheidend war, so Brickner, daß die Besatzungsmacht – wie ein Therapeut – zunächst von außen her aktiv wurde, um „gesunde Anteile“ bzw. demokratische oder demokratiefähige Strukturmomente und Personen zu finden. Sobald diese bekannt waren, konnten sie stützend gefördert werden, so daß sie die Anfänge der Demokratisierung leisteten. Erst im zweiten Schritt konnte der Demokratisierungsprozeß sich selbst überlassen werden, damit er sich „von innen her“ weiterentwickele. Parsons' Memorandum über „controlled institutional change“ war zunächst für den Schlußbericht der durch Brickner organisierten Konferenz(en) *Germany After the War* geschrieben; er konkretisierte den Gedanken der Re-Education (d. h. er empfahl Unterstützung demokratiefähiger Strukturmomente als Anfangsstadium einer umfassenden Demokratisierung der deutschen Gesellschaft), wobei er darauf hinwies, daß der einzig residual „gesunde“ Sektor im Umfeld der Wirtschaft bzw. des wirtschaftlich-beruflichen Systems („economic-occupational system“) lag (Parsons 1993f: 313). Die zur Demokratisierung der deutschen Gesellschaft insgesamt weiterentwickelbaren Strukturelemente, so Parsons, waren wirtschaftliche bzw. berufliche Handlungsorientierungen. Sie hatten bis 1945 vielfach askriptiven Mustern entsprochen, konnten aber zu Universalismus-„Achievement“-Institutionsmustern umgebaut bzw. weiterentwickelt werden. Allerdings legte er nahe, Re-Education als einen – über Jahrzehnte sich erstreckenden – Vorgang der großenteils indirekten System-Synergie-Effekte zu sehen; von der Wirtschaft aus würden die Uni-

17 Dieser moderne Ausdruck umschreibt den Gedanken, den insbesondere Brickner in die politische Psychiatrie der vierziger Jahre eingebracht hat, nämlich daß zwischen Therapie (Therapeut) und den „clear areas“ („gesunden Anteilen“) der Persönlichkeit des Paranoikers eine Beziehungsbrücke hergestellt wird. Zum „therapeutischen Bündnis“ als Methode der modernen Schizophrenietherapie in den vierziger Jahren vgl. auch Menninger 1940 und Fromm-Reichmann 1943 sowie später zusammenfassend Fromm-Reichmann 1960.

versalismus-„Achievement"-Orientierungen auf andere Bereiche der Gesellschaft (Familie, Schule etc.) unwillkürlich oder gelenkt ausstrahlen. Dies erfordere, so dachte er, einen eher längeren Zeitraum und sei nicht bereits innerhalb weniger Jahre zu leisten.

Tatsächlich umfaßte die offizielle Re-Education-Politik ein auffallend breites Feld aus Einstellungen, Handlungsweisen und Organisationen, die umgestaltet werden sollten (Clay 1950).[18] Allerdings wurde nirgendwo ein Katalog der einzelnen angestrebten Änderungen aufgestellt. Zwar enthielt das *Handbook of Military Government*, das im Dezember 1944 in endgültiger Fassung fertiggestellt wurde, einen eindrucksvollen Überblick über die ersten Maßnahmen zur Beendigung der nationalsozialistischen Herrschaft und zur Etablierung der demokratischen Gesellschaftsstruktur *in nuce* als Anfang der Militärregierung und -verwaltung.[19] Doch gibt es bis heute keine Analysen, die die breite Reichweite der Probleme und Politikprogramme der Re-Education angemessen würdigen.[20]

3.2 Zur Reichweite der Re-Education

Einen ersten Zugang, der die umfassende Palette der Handlungsfelder der Re-Education verdeutlicht, bietet die Liste der Themen der Sozialforschung, die durch die Survey Branch der *Information Control Division* (ICD) der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) betreut wurde. Ab Sommer/Herbst 1945 veröffentlichte die ICD insgesamt fast zweihundert themenbezogene Forschungsberichte allein in der Zeit bis zur Gründung der Bundesrepublik, anhand von Daten, die meistens im Gesamtgebiet der US-Zone erhoben waren;[21] sie wur-

18 Keineswegs ging es bezüglich Deutschland in den zeitgenössischen Quellen, wenn die Re-Education-Programme und -ideen dargestellt wurden, nur um Erziehung – weder im Sinne propagandistischer Beeinflussung noch im Sinne einer vorzugsweisen Beschränkung auf das Schul- bzw. Ausbildungssystem: Hier irren viele Studien, die die Re-Education-Politik analysieren, etwa Bungenstab 1970, Lange-Quassowski 1979 etc. Als zeitgenössische Quellen siehe beispielsweise Moskowitz 1946, Zink 1947, Landeen 1948, Padover 1948, Clay 1950.

19 Das Handbook, bestehend aus über 1200 Artikeln zu achtzehn Themengebieten (z. B. Verwaltung, Justiz, Polizei, Flüchtlinge, Displaced Persons, Bildungswesen etc.) legt ein bewundernswert detailliertes Wissen sowohl über Nazideutschland als auch über Deutschland in der Weimarer Zeit zugrunde und gibt höchst konkrete Anweisungen für Maßnahmen der ersten Stunde bei Einmarsch der Alliierten und für längerfristige Regelungen. Leiter der ca. zweihundertköpfigen Arbeitsgruppe, die das Handbook erarbeitete, war der Yale-Politologe Harold Zink. Die endgültige Fassung des Handbook wurde bekanntlich in den Monaten August–Dezember 1944 (wegen einer Initiative des Finanzministers) erst nach einer Überarbeitung des Textes fertiggestellt.

20 Für die nächsten Jahre beabsichtigt unsere Arbeitsgruppe an der Universität Heidelberg, dieses Thema im einzelnen durch Forschung zu klären.

21 Weitere zweihundert Berichte wurden bis 1955 erarbeitet. Hinzu kamen weitere hundert Themenberichte bis 1965. Diese Studien sollten Aspekte der Demokratisierung in Deutschland

den ergänzt durch weitere Studien in einzelnen der drei (vier) Länder der US-Zone sowie Berlin (Westsektoren). Die Forschungsberichte, die ihrerseits den Militärregierungsstellen zugeleitet wurden, geben einen Überblick über das breite Anwendungsfeld der Demokratisierungspolitik. Dadurch entsteht auch zugleich ein Einblick in das sozialwissenschaftliche Bemühen um Parameter für den Wandel der Gesellschaft und der Menschen im Nachkriegsdeutschland.

Die Themen dieser Studien machen auch deutlich, daß die umfassende Reichweite der Demokratisierungsinitiativen und -programme als systematisch zu verstehen ist. Bis kurz vor der Währungsreform, die am 20. Juni 1948 stattfand, wurden 120 Berichte fertiggestellt. Deren Themen sollen kurz charakterisiert werden, um deutlich zu machen, wie breit die Re-Education für Deutschland angelegt war und welche Einstellungen, Verhaltensweisen, Zukunftsperspektiven etc. der Deutschen den Amerikanern derart wichtig waren, daß sie diese per Sozialforschung im Laufe der Vorgeschichte der Bundesrepublik immer wieder evaluierten.

Im Überblick lassen sich acht Themenfelder unterscheiden:

(I) *Mentalität:* Es mußte überprüft werden, wie stark der pluralismusaverse Konformismus noch war, der im Nazireich zur kritiklosen Unterwerfung unter den Staat und zur opportunistischen Annahme des nationalistischen Rassismus geführt hatte. Gleichzeitig mußten die Einstellungen ermittelt werden, die den Wandel der politisch-gesellschaftlichen Mentalität anzeigten. Diesem Zweck dienten 20 Berichte aus den 120 des Zeitraums bis Mitte 1948 (16,7 Prozent). Zur Vergleichbarkeit der Ergebnisse über den Zeitraum 1945–1948 trug bei, daß eine besondere Einstellungsskala („German Attitude Scale") verwendet wurde, die an der Columbia-Universität entwickelt worden war. Sie ermöglichte, die Dynamik der Einstellungsveränderungen im Zeitaufriß zu erfassen.

(II) *Mediennutzung*: Laufend wurde die Verbreitung der neuen, im Sinne gesellschaftlicher Redemokratisierung gestalteten Medien (Presse, Rundfunk, Film) erhoben. Dieses Thema sollte dazu dienen herauszufinden, inwieweit die Bevölkerung sich der Angebote im Sinne der Presse- und Informationsfreiheit überhaupt bediente. Diesem Zweck dienten 26 aus den 120 Berichten des Beobachtungszeitraums (21,6 Prozent).

(III) *Sozialstruktur, Institutionen:* In zahlreichen Studien wurden sowohl einzelne Institutionen als auch die Sozialstruktur der amerikanischen Besatzungs-

feststellen. Insgesamt liegen über 500 Arbeiten über Forschungsprojekte vor, die mittels Umfragen verfuhren und repräsentative Stichproben zugrundelegten. Zu den Inhalten, die beforscht wurden, siehe Braun 1979 und Braun und Articus 1984 für die Zeit bis zur Gründung der Bundesrepublik sowie Fischer 1985, 1986 für die Zeit bis 1965. Inhaltsangaben der Studien für die Zeit bis zum Ende der Besatzungsherrschaft (1955) liegen durch zwei Historiker gesammelt vor (Merritt und Merritt 1970, 1980).

zone untersucht. Themen waren etwa allgemein die soziale Schichtung („social classes"), Bedeutung und Entwicklung der Kirchen, Etablierung und Akzeptanz der Gewerkschaften etc. Diesem Zweck dienten 8 aus den 120 Berichten (6,7 Prozent). Die dabei zugrundeliegende These bezüglich der sozialen Schichtung war, daß soziale Deklassierung der Mittelschicht zum (Wahl)Sieg des Nationalsozialismus (1930 etc.) beigetragen hatte, weshalb nun zu prüfen war, ob ähnliche Strukturen wie damals noch bestanden; bezüglich Kirchen und Gewerkschaften war die These, daß diese Institutionen in der Demokratie an Bedeutung gewinnen mußten, um eine Vielfalt der staatsunabhängigen Interessenartikulation zu gewährleisten, weshalb ihr Wiedererstarken nach der Zeit der Unterdrückung ermittelt werden mußte.

(IV) *Europa*: Es wurde untersucht, wie die Deutschen auf die Öffnung Deutschlands zu Europa hin – von Auslandsreisen bis zum Marshallplan – reagierten. Die Forschung beschäftigte sich damit, wie sie darüber dachten, um herauszufinden, ob Bereitschaft bei den Deutschen vorhanden war, die bisherige Autarkiementalität aufzugeben. Dieses Thema hatten 12 aus den 120 Studienberichte bis Juni 1948 (10 Prozent).

(V) *Jugend, Bildungsangebote*: Sodann wurde die Reaktion der Deutschen etwa auf die Förderungsprogramme für die Jugend oder die Informationszentren ermittelt. Die Jugendprogramme und die „Amerikahäuser", wie sie bald hießen, wurden eingerichtet, um zu ermöglichen, daß sich die Bürger durch Bildungsangebote ein eigenes Bild und Urteil über Demokratie formen sollten. Die Resonanz auf solche Informationsangebote beschrieben 8 aus den 120 Berichten (6,7 Prozent).

(VI) *Nachwirkungen des Nationalsozialismus*: Das Weiterwirken nationalsozialistischer Stereotypen sowie die Auseinandersetzung der Deutschen mit Spätfolgen und der Bestrafung der nationalsozialistischen Taten wurden wiederholt ermittelt. Themen waren Antisemitismus, Kollektivschuld, Reparationen, Entnazifizierung und ähnliches; sie bildeten den Inhalt von 10 aus den 120 Berichten (8,3 Prozent).

(VII) *Reaktionen auf die Besatzungspolitik*: Die Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf alliierte Maßnahmen, Gesetze und Veröffentlichungen wurden untersucht. Daraus konnte man ablesen, ob die Deutschen verstanden, was die Amerikaner hier unternahmen; es sollte in ihren Reaktionen ein Gradmesser des Verständnisses gefunden werden, das die Deutschen für die Besatzungspolitik hatten. Diesem Zweck dienten 9 aus den 120 Darstellungen (7,5 Prozent).

(VIII) *Heimatlose Bevölkerung, Versorgungs- und Berufssituation*: Schließlich ging es darum, die Haltungen der Deutschen zu Heimatvertriebenen, Flücht-

lingen und „Displaced Persons" zu kennen. In diesem Zusammenhang wollte die Besatzungsmacht auch die Beurteilung der materiellen Versorgungslage der Deutschen kennenlernen, ebenso wie ihre tatsächliche Wohnungs- und Ernährungssituation. Angesichts des chaotischen Zustandes des Landes am Ende von Krieg und Naziherrschaft und im Lichte der sprichwörtlichen Tendenz der Deutschen zu pessimistischer Lagebeurteilung war es besonders wichtig, die Urteile und Vorurteile bezüglich der sozialen Probleme der Nachkriegszeit zu kennen. Dieser Thematik widmeten sich 18 aus den 120 Forschungsberichte (15 Prozent).[22]

Die acht Themenbereiche lassen sich unter zwei Gesichtpunkten noch näher zusammenfassen. Daraus kann man die anvisierte Reichweite der Re-Education (Re-Demokratisierung) und auch ihre spezifische Orientierung unter anderem auf Änderung der wirtschaftlich-beruflichen Institutionen ablesen, die ihrerseits einigen Sozialwissenschaftlern (unter ihnen insbesondere Parsons) als der Königsweg einer langfristig wirksamen Änderung der aggressiv-paranoiden deutschen Mentalität erschien. Die folgenden zwei Schwerpunktsetzungen zeichnen sich ab:

(A) Vergangenheitsbewältigung – Zukunftsausrichtung: Bei den 120 Themen (111 Themen zu den Themengruppen I–VIII) kann man unterscheiden zwischen denjenigen der „*Vergangenheits*bewältigung" der Deutschen (Themenbereich VI) im Unterschied zu den Problemen ihrer *Gegenwarts*situation (Themenbereiche III und VIII) und ihrer auf die *Zukunft* ausgerichteten Einstellungsänderung bzw. ihrer Akzeptanz der explizit zukunftsbezogen demokratiefördernden Programme (Themenbereiche I, II, IV, V und VII). Die Anzahl der Studienberichte zu diesen drei Themengruppen steht im Verhältnis 10 : 26 : 75 (8,3 Prozent : 21,7 Prozent : 62,5 Prozent). Die Gegenwartssituation und insbesondere die Zukunft waren also wichtigere Themen für die Sozialforschung der Besatzungsmacht als die Spuren der Vergangenheit. Die Haltung der Deutschen zum Naziregime war deutlich seltener Gegenstand der Studien als ihr Fortschritt bei der Verhaltensänderung bzw. Demokratisierung. Ihr Zugriff auf die freie Presse, ihr Mitmachen in Jugendprogrammen und ähnliches galten als vordringlich. Das weitgefächerte Themenspektrum begleitender Evaluation der Re-Education erwies also eine offenkundige Tendenz, Deutschland auf die demokratische Zukunft hin zu beobachten.

(B) Ökonomische Orientierungen – freie Meinungsbildung – politische Interessen: Bei den 120 Forschungsthemen kann man – zweitens – diejenigen The-

22 Die in den acht Gruppen zusammengefaßten Studienberichte ergeben eine Gesamtzahl von 111. Die restlichen neun (7,5 Prozent) gehörten jeweils zu einem eigenen anderen Thema und können keinem der Themenfelder zugeordnet werden; es handelt sich um Themen wie Berlin, Bremen, Gerüchte etc.

men, die sich mit der ökonomischen Lage der Gegenwart und mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau im Europarahmen sowie der Sozialstruktur Deutschlands befaßten, unterscheiden von den Themen, die auf informationelle Selbstbestimmung zielten und denen, die andere Inhalte betrafen. Zur ersten Gruppe kann man dabei die Themenbereiche III, IV und VIII, zur zweiten II und V und zur dritten alle anderen (I, V, VII) rechnen. Das Verhältnis der Anzahl der Studien in den Themengruppen ökonomisch – informationell – andere ist 38 : 34 : 39 (31,7 Prozent : 28,3 Prozent : 32,5 Prozent). Das Interesse der Besatzungsmacht für die strukturellen – insbesondere ökonomischen und mit der Internationalisierung Deutschlands verbundenen – Forschungsfragen hatte mithin einen ebenso hohen Stellenwert im Re-Education-Zusammenhang wie die freie Meinungsbildung und andere, im engeren Sinne politische Themen.

3.3 Schwerpunkte der modernisierenden Wirtschaftspolitik der Besatzungsherrschaft

Der ökonomische Strang der Modernisierungspolitik der Besatzungsmacht ist in der soziologischen Literatur, soweit sie sich überhaupt mit der Transformation 1945 befaßt, bisher kaum wahrgenommen worden. Wenn der Übergang Nationalsozialismus – Nachkriegsgesellschaft als ökonomischer Prozeß gewürdigt wird, steht vielfach im Vordergrund – auch kritisch –, daß der Kapitalismus vor *und* nach der „Stunde Null" vorherrschte. Zapf (1996: 66) beispielsweise, der den sozialen Wandel (Typus der Modernisierung) in Deutschland nach 1945 bezeichnet als einen der „Fälle von ‚imposition', d. h. von oben und von außen erzwungene[r] Übergänge [...], wobei die alten Eliten nur zum Teil eliminiert, zum Teil aber reaktiviert wurden",[23] hat offenbar eher politische als ökonomische Aspekte des – von ihm möglicherweise unterschätzten – Wandels im Zuge des Neuanfangs vor Augen. Allerdings wird bei soziologischen Darstellungen der Kontinuität des Industriekapitalismus oftmals übersehen, daß 1945 die Kartelle und Wirtschaftsgruppen, die seinerzeit dem NS-Staat verbunden gewesen waren, unverzüglich bzw. im Laufe der Besatzungszeit bis zum Beginn der fünfziger Jahre – sogar teilweise gegen Widerstand der Deutschen – aufgelöst („entflochten") und stattdessen kleinere Betriebe unter dem Prinzip der Konkurrenz und auch der Gewerbefreiheit – ebenfalls teilweise gegen Widerstand von deutscher Seite – als Einheiten einer vom Staat unabhängigen Wirtschaft begünstigt bzw. geschaffen wurden.

23 Frühere Arbeiten, die eine ähnliche These bezüglich Kontinuität der Eliten vertreten, aber die Entwicklung im Nachkriegsdeutschland kritisch analysieren, stellen fest, daß das partielle Weiterbestehen der ökonomischen Eliten insbesondere dafür verantwortlich gewesen sei, daß nicht etwa eine sozialistische Wirtschaft entstand (wie beispielsweise seinerzeit der Politologe Franz Neumann 1947 dringend nahelegte), sondern die kapitalistische Wirtschaftsstruktur in der Nachkriegszeit langfristig beherrschend wurde bzw. blieb (Martin 1950, Schmidt 1972).

Drei Schwerpunkte dieser Entwicklung verdienen, im einzelnen skizziert zu werden:

(1) Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Entkartellisierung

Im März–Mai 1945, jeweils mit der Besetzung einer Region durch amerikanische Truppen, wurden alle Betriebe zunächst geschlossen sowie die Belegschaft entlassen bzw. nach Hause geschickt. Wiedereröffnung der Betriebe wurde gewährt durch die *Economic Division Industry Branch* der Militärregierung nach Beantragung; dabei mußten die Produktionsziele – nunmehr nur noch nichtmilitärische Güter – sowie die Verwendung der Produktionsanlagen und auch die Belegschaft, die benötigt wurde, im einzelnen aufgeführt werden.[24] Diese Form einer *Einzelprüfung* bei Betriebswiedereröffnungen bedeutete zugleich, daß ihr die Entkartellisierung der Industriefirmen – zumindest was Separierung einzelner Betriebe und auch Herauslösung ganzer Firmen aus Kartellen betraf – sinnvoll vorgeschaltet werden konnte oder parallel dazu abgewickelt werden konnte. Die *Entnazifizierung* gestaltete sich aufgrund der seit Mai/Juni 1945 vorgenommenen Internierungen und der seit Mai 1946 stattfindenden Spruchkammerverfahren ebenfalls als ein auf *Einzelprüfung* hin angelegtes Verfahren (dies gilt vollständig bis Ende 1946 bzw. Mitte 1947, dem Zeitpunkt der beiden Amnestien, die ihrerseits bei weniger schweren Fällen eine pauschale Behandlung erlaubten); insgesamt wurden bis 1947 über eine Million Fälle individuell abgeurteilt (Plischke 1948). Besonders hervorgehoben sei als Maßnahme nach Kontrollratsgesetz Nr. 8, daß bei nationalsozialistischer Belastung der Firmeneigner/Direktoren ein politisch möglichst unbelasteter Treuhänder – oft im Einvernehmen mit der Kommune und/oder der Belegschaft (dem 1945 rekonstituierten Betriebsrat) – eingesetzt wurde (Woller 1986: 245 ff.). Die Verkopplung von Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Entkartellisierung durch auf die Einzelprüfung setzende Vorgehensweise der Militärregierung trug dazu bei, den Übergang von der autoritären Kommandowirtschaft zum liberalen Wettbewerbskapitalismus zu erleichtern (Berghahn 1985, Schröter 1997).

(2) Gewerbefreiheit, Gewerkschaften, Weiterbildung

Clays Memoiren erwähnen als wichtigen Schritt der Demokratisierung, daß die Gründung von Gewerkschaften ermuntert wurde (Clay 1950: 289 ff.). Die in der zweiten Hälfte 1945 wieder erstehenden Gewerkschaften und die bereits vorher vielfach entstandenen (und Ende 1945 durch Wahlen formell eingesetzten) Betriebsräte (von den amerikanischen Besatzungsbehörden als betriebliche

24 Siehe z. B. Hetzer 1988: 564, 570, 578, 589 et passim.

Vertretungen der Arbeiterschaft bezeichnet) arbeiteten zusammen, ohne allerdings institutionell zu verschmelzen. Der Besatzungsmacht ging es um informationelle Selbstbestimmung und das Grundrecht der freien Meinungsäußerung der Arbeiter, weshalb sie hinsichtlich der beiden Gruppierungen begrüßte, daß organisierte Interessen miteinander konkurrierten. Dies zeigt beispielsweise anschaulich eine Sitzungsbemerkung, die der amerikanische Arbeitsoffizier in Stuttgart machte, als er gegen eine gewerkschaftliche Einheitsliste sprach anläßlich der Vorbereitung der ersten Betriebsratswahlen im Januar 1946; in einer Sitzung des Landesvorstandes der Gewerkschaften mit den Bezirksleitungen sagte er zu den Gewerkschaftern (laut Protokoll, das heute in den Gewerkschaftsakten archiviert ist): „Sie fürchten neue politische Streitigkeiten in den Betrieben. Das sind die Gefahren der Demokratie, aber der Streit ist erlaubt. Die Gewerkschaften können ja ihre Listen empfehlen, aber eine Minderheit soll auch das Recht haben zu wählen" (Fichter 1988: 502). Das Recht zur wirtschaftlichen Selbstbestimmung (ökonomischen Selbstverwirklichung) schließlich sollte auch Gewerbefreiheit einschließen. Jeder Bürger sollte, so bestimmte die Besatzungsmacht schließlich im Januar 1949 per Oktroy *gegen* die deutschen Kommunen und Handwerksinteressen, einen Betrieb eröffnen dürfen; dies ließ die Zahl der Betriebsgründungen in den drei Ländern der US-Zone in einem einzigen Quartal zwischen 150 Prozent (Württemberg-Baden) und über 2500 Prozent (Bayern) ansteigen (Rupieper 1993: 366 ff.). Die Weiterbildungsangebote, die auf berufliche Weiterqualifizierung der Arbeitskräfte zielten, sobald bei Aufhebung der Bewirtschaftung (Freigabe) des Arbeitsmarktes (etwa zeitgleich zur Währungsreform) deren eigene Initiative entscheidend gefordert war, entstanden indessen großenteils erst in den fünfziger Jahren (Drescher 1993). Zwar wurden die Vorbereitungen bereits mit der Öffnung des Kapital- wie des Arbeitsmarktes für Eigeninitiative eingeleitet, wobei Clays Memoiren erwähnen, daß ab 1945 gewerkschaftliche Schulungen stattfanden (Clay 1950: 290); doch interessanterweise gibt es keine Hinweise darauf, daß Clay sich des enormen Weiterbildungsbedarfs oder des entsprechenden Weiterbildungsschubes gewußt gewesen wäre, der infolge der Liberalisierung der Märkte (auch der Arbeitsmärkte) im Zuge der bald absehbaren Vollbeschäftigung der fünfziger Jahre zu erwarten war (siehe Clay 1950: 298 ff.).

(3) Marshall-Plan, Multilateralität der Wirtschaftsbeziehungen

Das Konzept für die Wirtschaft war von Beginn an, Autarkiebestrebungen entgegenzuwirken (Kuklick 1972). Stattdessen sollte zunächst ein gegen Deutschlands enorme Auslandsschulden aufrechenbarer Kapitalgrundstock mittels Dollarklausel geschaffen und zugleich die Umstellung der Produktion auf exportfähige Güter dauerhaft gesichert werden (Buchheim 1990). Letzteres geschah

auch durch die bewußte Auswahl jener Werke oder Werksteile zur Demontage anläßlich der Reparationen (Planungsvorgaben für Industriedemontagen), die einzig zu Kriegsproduktion taugten; demontiert wurden also Anlagen, die nicht auf „friedliche" Investitionsgüter- oder Konsumgüterproduktion umgestellt werden konnten (Kindleberger 1991: 112 ff.).

Der Marshall-Plan – das European Recovery Program (ERP), das im Juni 1947 in der Harvard-Rede des amerikanischen Außenministers offiziell angekündigt wurde – formulierte zwei entscheidende Bedingungen für die Finanzmittelvergabe: Erstens mußten die Währungen der betroffenen Länder konvertibel bei festem Wechselkurs bleiben, und zweitens mußten die Länder ihre jeweiligen Wirtschaftsplanungen den Experten der beteiligten anderen Länder zugänglich machen und dabei gutheißen, daß ihnen Änderungen auferlegt wurden, da schließlich durch Verhandlungen zwischen allen beteiligten Staaten (Beauftragten dieser Mitgliedsstaaten) eine gemeinsame Bewilligungssumme dem US-Senat vorgeschlagen werden mußte (Hogan 1987). Aus dem ERP entstanden in Europa sowohl die *Organisation für europäische ökonomische Zusammenarbeit (OEEC)* als auch die *Europäische Zahlungsunion (EZU)*, die beide für die Entwicklung der Multilateralität (Buchheim 1990) und schließlich der Europäischen Gemeinschaft (Herbst et al. 1990) entscheidend wichtig wurden.

Zusammenfassend sei festgehalten, daß die Re-Education im Sinne einer Förderung „gesunder Anteile" auch die Institutionenstruktur Deutschlands betraf. Offensichtliche Leitlinie im Bereich Wirtschaft war die Förderung der ökonomischen Selbstbestimmung der Bürger, des unternehmerorientierten Konkurrenzkapitalismus sowie der Ausbau des europäischen Multilateralismus auf dem Kapital- wie Gütermarkt.

4. Parsons' Mitwirkung an der Konzeption der Deutschlandpolitik

Die Aufgabe, eine Konzeption der Wirtschaftspolitik für die amerikanische Besatzungsherrschaft in Deutschland zu entwerfen, übertrug Präsident Franklin D. Roosevelt im September 1944 der *Foreign Economic Administration (FEA)*.[25]

25 Die FEA war seit 1943 Nachfolgebehörde des *Economic Warfare Board* (EWB) und erfüllte wie diese die Aufgabe der Kriegswirtschaftssicherung inklusive Rohstoffbeschaffung; eine Monographie über die Arbeit des EWB und der FEA gibt es bisher nicht. Der Zeitpunkt der Übertragung der Wirtschaftsplanung für Deutschland (einschließlich Planung für Demontagen bzw. Entmilitarisierung der Industrie) – September 1944 – erklärt sich aus dem Zeitpunkt der Quebec-Konferenz im September 1944; anläßlich dieser Konferenz, die auch die Zoneneinteilung für Deutschland in Gesprächen zwischen Roosevelt und Churchill festlegte, wurde der Morgenthau-Plan kurzzeitig offizielle Politikperspektive für Nachkriegsdeutschland. Passagen

Diese regierungsintern weisungsunabhängige Behörde – der unter anderem nun oblag, die wirtschaftspolitische Position der USA für die Potsdam-Konferenz zu konkretisieren – erarbeitete ihre Vorschläge zur Zukunft der deutschen Industrie in der Zeit der durch Finanzminister Morgenthau beeinflußten Deutschlandpolitik. Ihr und ihrer Nachfolgebehörde, der im Außenministerium eingerichteten *Germany and Austria Section (GA)*, war nun aufgegeben, die Entmilitarisierung der deutschen Wirtschaft und die Reparationsleistungen zu koordinieren, wobei zunächst dirigistische Vorgaben für Produktionskontingente und Handelsvolumen auszuarbeiten waren.[26]

Parsons gelang es, eine Beraterposition bei der für Nachkriegsdeutschland zuständigen Enemy Branch der FEA zwischen März und Oktober 1945 zu erhalten. Zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Position der USA für die Potsdam-Konferenz im Juli/August 1945 und auch in der ersten Zeit der Regierung des Alliierten Kontrollrats nach den Potsdam-Beschlüssen war er tätig als (nach Tagegeld bezahlter) Berater der FEA (Enemy Branch). Zu diesem Zeitpunkt war es deren Aufgabe, die wirtschaftspolitische Konzeption zu entwerfen, die der Besatzungspolitik in Deutschland zugrundegelegt werden sollte, insbesondere einen Plan der Entmilitarisierung der deutschen (Groß)Industrie auszuarbeiten, der durch die *Economic Division* der Militärregierung zu verwirklichen war. Die FEA erfüllte diese Aufgabe in der Zeit bis Oktober 1945, als sie aufgelöst wurde, was auch das Ende der Parsons'schen Tätigkeit dort bedeutete. Die beiden Fragen, die im vorliegenden Kontext Interessantes zutage bringen, sind: Wie kam es, daß die FEA sich des Sachverstands Parsons' bediente? Welche Stellungnahmen zu den aktuellen Problemen der Entmilitarisierung, Entkartellisierung und Entnazifizierung der deutschen Industrie gab er aus soziologisch begründeter Perspektive ab?

Acting Assistant Director der Enemy Branch der FEA war Arthur R. Burns, Nationalökonom an der Columbia Universität.[27] Er war mit Parsons befreundet seit ihrer gemeinsamen Studienzeit an der London School of Economics in den zwanziger Jahren. Parsons selbst bat Burns, als Consultant insbesondere durch kommentierende Memoranden zur Entwicklung der wirtschaftspolitischen Konzeption der Besatzungsherrschaft für Deutschland beitragen zu können. Burns ermöglichte dies; zur Weiterleitung an die Harvard-Universität, die Parsons' Nebentätigkeit genehmigen mußte, sandte Burns Parsons einen Brief,

---

über die FEA, die einzelne Zusammenhänge etwas näher darstellen, finden sich bei Backer 1971, Weil 1978, Kaiser 1992.

26 Der enge Rahmen der auf die Dollarklausel gepolten Neubelebung des Außenhandels wurde mit der Gründung des „Vereinigten Wirtschaftsgebietes" (Bizone) ab 1.1.1947 durch die *Joint Import and Export Agency (JIEA)* kontrolliert (Clay 1950, Buchheim 1990).

27 Burns wurde in seiner späteren Biographie u. a. Botschafter der USA in der Bundesrepublik.

der darlegte, daß diese Aufgabe nur in der heißesten Phase um die Potsdam-Konferenz arbeitsaufwendig würde: „After the basic policy documents have been agreed to, the work in Washington will somewhat thin out, although I think FEA would want to consult you from time to time about various problems which turn out in the course of subsequent experience".[28]

Parsons kommentierte die Politikentwürfe der Enemy Branch der FEA durch eine Anzahl ausführlicher Memoranden. Diese erweisen seinen hohen Kenntnisstand über strukturelle und geschichtliche Besonderheiten Deutschlands, wobei er stets versuchte, seine Vorschläge hinsichtlich der Behandlung Deutschlands abzustimmen auf seine soziologischen Überlegungen und auch die Gegebenheiten in Deutschland. Drei seiner Memoranden können besonders deutlich zeigen, wie durchdacht seine Konzeptionsempfehlungen waren, die er zum Thema der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands formulierte. Zwei dieser Memoranden behandeln das Thema der Reparationspolitik und die Frage der Internationalisierung des Ruhrgebiets; sie sind an den Planungschef der Enemy Branch der FEA Philip M. Kaiser, gerichtet. Das dritte Memorandum, datiert vom 11. Oktober 1945, ist an den Direktor der FEA, Leo Fowler, gerichtet und stellt eine zusammenfassende Analyse des Deutschlandproblems (und auch desjenigen Japans) aus Parsons' Sicht dar.

Das letztere Memorandum, überschrieben *The Need for Further Social and Economic Research on Problems of Policy Toward Occupied Countries,* war begleitet von einem Arbeitspapier zum Thema „Study Problems for Treatment of the German and Japanese Economies in their Social Context After Disarmament." Darin findet sich ein Passus, der noch einmal seinen Standpunkt erläuterte, daß kein besserer Garant der zukünftigen Demokratisierung Deutschlands – im Sinne der Re-Education – zu erkennen war als wirtschaftlicher Wiederaufbau. Seine Argumentation berief sich sozialwissenschaftlich auf den Teufelskreis zwischen Unsicherheit, Autoritarismus und Aggression – als Gegenkräfte zur Demokratie –, den Harold Lasswells Analysen der *Psychologie des Hitlerismus*[29] verläßlich aufgezeigt hatten; diese Gegenkräfte bildeten Korrelate der *Anomie*, dem Zustand gesellschaftlicher Ordnungslosigkeit, der bereits im Nazireich allzu dominant gewesen war. Er führte nun aus:

> *Perhaps the most important single range of problems here is that of ways to encourage the orientation of the German economy to the needs*

28 Brief von Burns an Parsons vom 31.3.1945, S. 1; PP – HUG(FP) – 15.2, Box 9.

29 Vgl. insbesondere Lasswell 1933, 1934. Das Theorem des (erweiterten) Teufelskreises Unsicherheit – Anomie – Suggestibilität – passiver Autoritarismus – stereotypisierter Fundamentalismus – Aggressivität im Dienste terroristisch-totalitärer Bewegungen wird mit Bezug auf Lasswell auch in Parsons' Aufsatz verwandt (1942d), der soziologisch erklären will, wie faschistische Massenbewegungen entstehen.

of consumers rather than the needs of war. Only with the prospect of expanding consumer demand and purchasing power, not only within Germany but in her international trade, are the most favorable conditions likely to be given for an economic development in a desirable direction. There is general reason to believe that an expanding field of economic opportunity, even though the rate be very gradual, is one of the most fundamental conditions of a type of institutional change which would reduce the emphasis on authoritarianism. This is essentially because authoritarianism and submissiveness to it are in large measure the reactions to a state of insecurity. A contracting economy would be almost certain to strengthen the most undesirable tendencies in the German population rather than to mitigate them. The economic aspect of the problem, therefore, promises to have significance far beyond its own immediate field of application.[30]

Unter den an Kaiser gerichteten Memoranden ist dasjenige vom 17. August besonders wichtig. Es entwickelte *sowohl* das Prinzip der Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Entkartellisieung der Industrie als Alternative zum Prinzip der Entindustrialisierung im Interesse einer friedlichen Entwicklung Nachkriegsdeutschlands *als auch* den Gedanken, daß Verzahnung zwischen der deutschen Wirtschaft und derjenigen anderer Länder Europas ausreichen würde, um Deutschlands Remilitarisierung für alle Zeiten zu verhindern. Trotz seines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs, so die These, würde ein mit anderen Ländern Europas multilateral verflochtenes Deutschland keine Kriegsgefahr bilden können, weil ihm keine Autarkiemöglichkeiten verblieben. Zum ersten der Problempunkte der Wirtschaftspolitik, nämlich Entmilitarisierung, führte er aus, daß die Demontage deutscher Fabriken nach dem Gesichtspunkt geschehen sollte, ob die betroffenen Produktionsanlagen auf Konsumgüter-Produktion umgerüstet werden konnten. Er schrieb dazu:

I would suggest that the possible repressive measures which are under consideration be rated along two scales, first their descending order of strategic significance in effectively crippling Germany's capacity to make war, second the seriousness to the functioning of the kind of peacetime economy we think of as acceptable for Germany. Other considerations such as interdependence will of course have to be taken into account.[31]

30 Memorandum an Fowler von Parsons, 11.10.1945; PP – HUG(FP) – 15.2, Box 9.

31 Memorandum an Kaiser von Parsons vom 17.8.1945, S. 4; PP – HUG(FP) – 15.2, Box 9. Siehe dazu ähnliche Prinzipien ausformuliert bei Kindleberger 1989, der Briefe wieder zugänglich macht, die von den Reparationsverhandlungen 1946 berichteten, als bekanntlich alle Reparationen der amerikanischen Besatzungsmacht Ende Mai 1946 – zunächst bedingt, letztlich dauerhaft – eingestellt wurden.

Zum zweiten und möglicherweise wichtigsten Problem, daß Deutschlands Nazihegemonie durch seine Wirtschaftsautarkie begünstigt worden war, schlug Parsons vor, nun eine Politikkonzeption der internationalisierten Liberalisierung europäischer Märkte bei ausschließlicher Produktion von Konsumgütern konsequent zu verfolgen. Zum Thema einer derart „permissiven" anstatt „repressiven" Wirtschaftskonzeption führte er aus:

> *It could avoid the role of „sitting on the lid" as enforcing production quotas inevitably would involve us in, and make it possible for us to insist on certain things as promoting the healthy development of the European economy. This would be true of tariffs aimed at autarchic independence, at all kinds of state subsidy of possibly strategic industries, and the like. I am convinced that most of what could be shown to be necessary to effective continuing disarmament would fit naturally into this conception of, once having performed the surgical operation to eliminate grossly autarchic elements from Germany's industrial structure, promoting the development of a healthy European economy.*[32]

Es ist offensichtlich, daß Parsons an dieser Stelle argumentierte, eine Einbindung der deutschen Wirtschaft in eine multilaterale europäische Wirtschaftsordnung könne einerseits Deutschlands zukünftige Friedfertigkeit – wegen Unmöglichkeit erneuter Autarkieentwicklungen – sichern und zugleich andererseits eine De-Industrialisierung Deutschlands dauerhaft überflüssig machen. Im August 1945, zur Zeit der Konferenz in Potsdam, riet er also in seinem Memorandum, das der zur Planung der Wirtschaftskonzeption der Besatzungsherrschaft aufgeforderten Behörde zur Verfügung stehen sollte, daß eine Europäisierung der Wirtschaft zugleich eine Verhinderung jeglicher kriegerisch gefährlicher Autarkiebestrebungen Deutschlands zwingend bedeutete. Daraus ergäben sich für die USA als Besatzungsmacht zudem die Vorteile, daß sie nicht restriktive Produktionskontrollen ausüben müßten („sitting on the lid") und daß sie die Entmilitarisierung der Wirtschaft auf dem Wege der Wiederherstellung eines positiven Ziels erreichten, nämlich wirtschaftlichem Wiederaufbau.

Bis vor kurzem war nicht bekannt, daß derartige Überlegungen – gespeist aus Parsons' soziologischer Systemtheorie – den (zumeist) jungen Ökonomen, Historikern und Politologen der FEA Enemy Branch einleuchteten. Heute steht fest, daß Parsons' Gedanken sehr interessiert zur Kenntnis genommen wurden. Durch ein sogenanntes Zeitzeugeninterview, das ich im November 1995 mit Philip Kaiser führen konnte, wurden die näheren Umstände bekannt, die überhaupt erst zu den an Kaiser adressierten Memoranden führten. Parsons formu-

32 Memorandum an Kaiser, S. 5.

lierte seine Memoranden nicht etwa, um auf seinen soziologisch begründeten Standpunkt aufmerksam zu machen. Er faßte seine Funktion als *Consultant* nicht auf als eine Arbeit neben oder sogar gegen die Politikplanung der mit Nachkriegsdeutschland befaßten FEA-Experten. Sondern er diskutierte während mehrerer Wochen (offenbar in den Monaten Juli und August 1945) ganze Tage mit den zu diesem Zweck ihre Arbeitswoche um den Sonnabend verlängernden FEA-Wissenschaftlern. Dabei kam er gut vorbereitet mit Details zu den Diskussionen, die in vielen Einzelheiten Problempunkte der Deutschlandplanung zur Sprache brachten, etwa anläßlich der Erstellung des FEA-Entmilitarisierungsplans für die deutsche Wirtschaft (im Rahmen des Draft of FEA Disarmament of Germany Plan). Die besprochenen Themen brachte er danach in seinen Memoranden noch einmal zusammenfassend auf den Begriff und konkretisierte sie für die Verwendung der FEA-Experten. Die Memoranden waren also eine Art Protokoll oder Aide-Mémoire im Anschluß an die ausführlich geführten Diskussionen. Insgesamt ging es ihm um die Fragen der Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik, wobei sowohl die Entmilitarisierung, Entkartellisierung und Entnazifizierung Deutschlands als auch die Europäisierung der Wirtschaft angesprochen wurden – letztere insbesondere als eine Strategie der langfristigen dauerhaften Demokratisierung Deutschlands (Gerhardt 1996a, b).

Teilnehmer dieser informellen Runden, die engagiert die Aufgaben der FEA mit Blick auf Deutschland im Übergang vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik diskutierten, waren vorwiegend FEA-Mitarbeiter; doch nahmen auch andere daran teil, vor allem einige, die später in der GA-Abteilung des Außenministeriums mit Deutschlands weiterer Zukunft befaßt waren. Aus der Rückschau hat die Liste der Namen der Diskussionsteilnehmer teilweise einen illustren Klang – Thomas Blaisdell, Arthur Burns, Charles Bonesteel, Leo Fowler, Philip Kaiser,[33] Paul Porter und Walt Rostow. Einige dieser Gesprächsteilnehmer gehörten zu der scherzhaft „Friendly Aid Boys" genannte Gruppe engagierter Ökonomen, die an der Ausarbeitung des Memorandums des Stellvertretenden Außenministers Clayton in der Vorbereitungsphase des ERP-Programms beteiligt waren und danach die Verhandlungen im Rahmen der Pariser Konferenz im Frühherbst 1947 wesentlich durch sachverständige Arbeit unterstützten.[34]

33 Kaiser war später Assistant Secretary of Labor in der zweiten Regierung Truman und hatte am Ende seines Diplomatenlebens die Position eines Botschafters der USA in Österreich inne.

34 Siehe Hogan 1987: 33–45. Die Gruppe, so Hogan, half letztlich erfolgreich mit, die vielfältigen ernsten Hindernisse auf dem Weg zur ERP-Hilfe („friendly aid") zu überwinden; sie erhielt deshalb unter Insidern den Beinamen „Friendly Aid Boys". Ihre Arbeit wird unter anderem dokumentiert bei Jones 1955; wichtig im selben Zusammenhang sind Rostow 1981, Kindleberger 1989, Kaiser 1992. Allerdings enthält keine dieser Darstellungen ihrerseits einen eindeutigen Hinweis darauf, daß die „Friendly Aid Boys" bereits in der FEA oder ihrer Vorgängerbehörde, dem EWB, tätig waren (Kaiser, der diesen beiden Behörden in leitender Position angehörte, war zwar mit der Vorbereitung der ERP-Hilfe befaßt, jedoch nicht Mitglied der Ökonomen-

Parsons formulierte seine Überlegungen zur Re-Education erstmals im Oktober/November 1944 im Memorandum für den Schlußbericht der Brickner-Konferenz. Nun wurden sie fruchtbar als ein Ausgangspunkt der tatsächlichen Politikkonzeption der Besatzungsherrschaft. Seine Überlegungen nahmen Brickners Gedanken ernst, daß die Re-Education – als die demokratisierende Gesellschaftspolitik der Siegermacht (Besatzungsmacht) – an den „gesunden" (d. h. demokratischen bzw. demokratiefähigen) Strukturelementen der deutschen Gesellschaft ansetzen mußte. Grundgedanke war, daß dabei der beste Ansatzpunkt deren Wirtschaft bzw. „wirtschaftlich-berufliches System" war. Letzteres allerdings galt nur als Ansatzpunkt; es mußte erst durch Entkartellisierung, Entmilitarisierung etc. umgestaltet werden zum wirksamen Motor der Demokratisierung in Deutschland. Verbunden in der wirtschaftlichen Kooperation mit seinen Nachbarländern und mit ihnen hinarbeitend auf ein multilaterales, vernetztes Europa, so regte Parsons in den Diskussionen und auch Memoranden (zum Gebrauch der FEA) an, konnte Deutschland durch die Besatzungspolitik langfristig zu einer demokratischen Gesellschaft umgestaltet werden.

5. Schlussbemerkung

Meine Darlegungen dokumentieren anhand einer Episode in Parsons' Biographie, daß und inwiefern die zwei Mißverständnisse fehlgehen, die eine angemessene Rezeption seiner Soziologie jahrzehntelang erschwert oder behindert haben. Das erste Mißverständnis betrifft die angebliche Ahistorizität seines Werkes. Sie soll darin zum Ausdruck kommen, daß er vor allem taxonomisch verfahre. Diesem Mißverständnis wird, über die bisherige Sekundärliteratur hinaus, hier begegnet, indem sein Engagement im Rahmen der FEA (Enemy Branch) in Einzelheiten nachgezeichnet wird. Das zweite Mißverständnis betrifft sein oftmals in der Sekundärliteratur geradezu in sein Gegenteil verdrehtes Interesse am soziologischen Verständnis des Nationalsozialismus. Er sah darin vielmehr ein charismatisches Gewaltregime und beschäftigte sich im Zusammenhang der Brickner-Konferenz ausführlich mit der Frage des „controlled institutional change", d. h. des planmäßigen Übergangs von der charismatischen zur rational-legalen Gesellschaftsordnung in Deutschland.

---

gruppe, die den Beinamen erhielt; Rostow und Kindleberger, die zu dieser Gruppe gehörten, arbeiteten in ihren vorherigen Positionen zwar mit der FEA zusammen, waren jedoch nicht direkt dort beschäftigt etc.). Dokumente, die die Kontinuität immerhin durchaus vermuten lassen, werden im Rare Books Department der Butler Library der Columbia Universität aufbewahrt.

Die Beseitigung dieser beiden Mißverständnisse enthält ein weiterführendes Thema. Es liegt darin, daß Parsons' Vorstellungen eines planmäßigen (nicht dem Zufall überlassenen) sozialen Wandels in Deutschland gesellschaftsgeschichtlich außergewöhnlich nah bei den tatsächlichen Politikbemühungen des Besatzungsregimes angesiedelt sind. Die Re-Education-Politik der amerikanischen Besatzungsmacht hatte zwei wichtige Inhalte. Erstens sollte die Mentalität der Deutschen auf die Demokratie (als Zukunftsperspektive) zugeschnitten werden. Zweitens sollte die Politik deutlich auf eine wirtschaftliche Umgestaltung zum wettbewerbsoffenen Unternehmerkapitalismus ausgerichtet werden, wegführend von Staatsdirigismus auf der einen und Monopol- und Trustbildung auf der anderen Seite. Die letztere Politikrichtung empfahl Parsons in seinen Memoranden sowohl anläßlich des Schlußberichts der Brickner-Konferenz als auch der FEA (Enemy Branch) als Königsweg der Demokratisierung. Er legte dort ausdrücklich nahe, daß die freie kapitalistische Marktwirtschaft eine institutionelle Grundlage für die demokratische Umgestaltung der gesamten Gesellschaft in Deutschland im Laufe von ca. zwei bis drei Jahrzehnten bilden könnte (er sprach von einer Dauer des Umbruchs von mindestens einer Generation). In der Rückkehr zur freien Wirtschaft sah er für Deutschland auch den Weg für ein Umdenken in den Institutionen Familie, Schule und Staat. Erst die von der Wirtschaft (ökonomisch-beruflichen Späre) ausgehende und nach und nach andere Bereiche der Gesellschaft ergreifende Umgestaltung sei der probate Weg zur notwendigen gesellschaftlichen Demokratisierung Nachkriegsdeutschlands.

Diese praktisch-politischen Überlegungen Parsons' sind in seine Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg vielfach eingeflossen. Die Selbstcharakterisierung als „unheilbarer Theoretiker", die er an den Anfang seines zweiten Hauptwerks, des *Social System*, stellte, wirkt im Zusammenhang des politischen Engagements, das er hinsichtlich Besatzungspolitik für Deutschland zeigte, wie ein allzu bescheidenes Selbstbild. Zudem muß man wissen, daß das *Social System* nicht sein erstes, nach 1945 geschriebenes Buch war, in dem er seine vor allem seit 1940 erarbeiteten politisch-historischen Einsichten nutzte. Vielmehr war dies sein drittes Buch, das soziologisch die Erfahrungen und Erkenntnisse verwertete, die für ihn in der Zeit des Zweiten Weltkrieges wichtig geworden waren.

Das erste der beiden Manuskripte, die dem *Social System* vorausgingen, wurde 1948 verfaßt und erfüllte den 1946 gegebenen Auftrag des *Social Science Research Council* (SSRC), ein Memorandum zu erstellen, das die besondere Bedeutung der Sozialwissenschaft aufzeigte, insbesondere mit Blick auf ihre Verdienste bei der Politikunterstützung im Zweiten Weltkrieg. Er bemühte sich zu zeigen, daß die Sozialwissenschaft genauso wichtig wie die Natur-

wissenschaft war, welche durch die Entwicklung der Atombombe nach damaliger offizieller Auffassung wesentlich zur Verkürzung der Kampfhandlungen im Zweiten Weltkrieg beigetragen hatte (Gerhardt 1996d). Parsons' Memorandum, überschrieben *Social Science – A Basic National Resource,* entwikkelte anhand zahlreicher Beispiele für politikrelevante Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung im Zweiten Weltkrieg, wie zentral die Sozialwissenschaft für die Gestaltungskonzeption humanitärer demokratischer Verhältnisse war. Das Memorandum, das bewußt eine Brücke schlug zwischen der Soziologie (Sozialwissenschaft) und demokratischen Politikkonzeptionen, blieb zu Lebzeiten Parsons' ungedruckt. Es verschwand in den Aktenschränken des SSRC, bis es nach fast vierzig Jahren – allerdings entstellt durch Korrekturen der Herausgeber – veröffentlicht wurde.[35]

Das zweite dieser Manuskripte, das wiederum für den SSRC noch einmal dasselbe Thema in anderer Form behandelte, hatte dasselbe traurige Schicksal wie die erste Fassung. Der Text im Umfang einer Monographie, mit Ko-Autor John W. Riley verfaßt, trug den Titel *Social Science – A National Resource* und wurde in den Jahren 1948–1950 geschrieben. Nunmehr wurde das Thema einer Soziologie, die politikrelevant und zugleich strikt wertfrei (weltanschauungsabstinent) war, stärker auf die Literatur über Gesellschaften im allgemeinen und die durch empirische Forschung erwiesenen Tatbestände der Gegenwartsgesellschaft (vornehmlich USA) bezogen, weniger auf die Kriegsgesellschaft und die Nachkriegsplanungen. Doch auch dieses Werk verschwand in den Regalen des Archivs des SSRC und hat bis heute noch nicht einmal einen späteren Herausgeber gefunden. Auch in diesem Buch verband(en) Parsons (und Riley) die beiden Pole der soziologischen Systemtheorie und der historisch-politischen Tatsachen miteinander.

Erst das dritte Buch über das Thema – nunmehr unter der Selbststilisierung des „unheilbaren Theoretikers" – konnte weltweit den Fortschritt des sozialwissenschaftlichen Denkens in den vierziger Jahren dokumentieren. Allerdings enthielt das *Social System* zahlreiche Textstellen, die den Hintergrundsimpetus immer noch preiszugeben vermochten, daß dieses Buch wie auch seine beiden vorbereitenden Vorläufermanuskripte ursprünglich mit einer politisch-praktischen Erkenntnisabsicht konzipiert worden waren.

Daß Parsons am Herzen lag, das Versinken Deutschlands in die nationalsozialistische Diktatur zu begreifen und später seine (Re)Demokratisierung durch die Besatzungsherrschaft primär mit soziologischen Mitteln fördern zu helfen, läßt sich im *Social System* an vielen Stellen noch erkennen. Besonders offenkundig ist seine kenntnisreiche Anteilnahme am Schicksal Deutschlands

35 Die Veröffentlichung geschah in Klauszner und Lidz 1986.

in der Zeit des Nationalsozialismus und danach an jener Stelle, wo er Deutschlands Geschichte und Gesellschaftsordnung explizit analysierend kommentierte.[36]

LITERATURVERZEICHNIS

Adorno, Theodor W. (1955), Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie, in: *Sociologica I. Aufsätze Max Horkheimer zum sechzigsten Geburtstag gewidmet,* Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. I, Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt, 11–45.

Alexander, Jeffrey C. (1983), *The Modern Reconstruction of Classical Thought: Talcott Parsons,* Berkeley: University of California Press.

Atkinson, Dick (1971), *Orthodox Consensus and Radical Alternative,* London: Heinemann.

Backer, John H. (1971), *The Decision to Divide Germany. American Foreign Policy in Transition,* Durham, N.C: Duke University Press.

Baum, Rainer und Frank Lechner (1981), National Socialism. Toward an Action-Theoretical Interpretation, *Sociological Inquiry,* 51, 281–305.

Becker, Howard (1952), The Social System (Rezension), *Social Forces,* 30, 463–465.

Berghahn, Volker (1985), *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik,* Frankfurt: Campus.

Bergmann, Joachim E. (1967), *Die Theorie des sozialen Systems von Talcott Parsons. Eine kritische Analyse,* Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.

Braun, Hans (1979), Die gesellschaftliche Ausgangslage der Bundesrepublik als Gegenstand der zeitgenössischen soziologischen Forschung, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,* 31, 766–795.

Braun, Hans und Stephan Articus (1984), Sozialwissenschaftliche Forschung im Rahmen der amerikanischen Besatzungspolitik 1945–1949, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,* 36, 703–737.

Brickner, Richard M. (1942), The German Cultural Paranoid Trend, *American Journal of Orthopsychiatry,* 12, 611–632.

Brickner, Richard M. (1943), *Is Germany Incurable?,* Philadelphia: Lippincott.

Brickner, Richard M. (1944), *Germany After the War,* Report of a Conference with Ten Appendixes, Confidential, o.O., o.J. [New York, November 1944].

Buchheim, Christoph (1990), *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958,* München: Oldenbourg.

Bungenstab, Karl-Ernst (1970), *Erziehung zur Demokratie? Re-Education im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949,* Düsseldorf: Schwann.

Buxton, William (1986), *Talcott Parsons and the Capitalist Nation State.* Toronto: University of Toronto Press.

Camic, Charles (1991), Talcott Parsons before *The Structure of Social Action,* in: C. Camic (Ed.), *Talcott Parsons. The Early Essays,* Chicago: Chicago University Press.

Clay, Lucius D. (1950), *Decision in Germany,* Garden City: Doubleday.

Cole, Wayne S. (1953), *America First. The Battle Against Intervention 1940–1941,* Madison: University of Wisconsin Press.

Coser, Lewis (1950), Essays in Sociological Theory (Rezension), *American Journal of Sociology,* 55, 502–504.

36 Siehe dazu Parsons 1951: 525 und die zu diesem Passus führende Argumentation.

Dahrendorf, Ralf (1958), Out of Utopia, *American Journal of Sociology*, 64, 115–127.

Diamond, Sigmund (1992), *Compromised Campus: The Collaboration of Universities with the Intelligence Community, 1945–1955*, New York: Oxford University Press.

Drescher, Joachim (1993), Wirtschaftsentwicklung, berufliche Fortbildung und sozialer Aufstieg, in: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau*, Bonn: Dietz, 242–265.

Faris, Ellworth (1953), The Social System (Rezension), *American Sociological Review*, 18, 103–106.

Fichter, Michael (1988), Aufbau und Neuordnung: Betriebsräte zwischen Klassensolidarität und Betriebsloyalität, in: Martin Broszat, Klaus-Dieter Henke und Hans Woller (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform*, München: Oldenbourg, 469–549.

Fischer, Heinz H. (1985), Das Amerikabild in der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Untersuchung auf der Basis der OMGUS- und HICOG-Berichte, *ZA-Information*, 17, 51–60.

Fischer, Heinz H. (1986), Das Amerikabild der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Untersuchung auf der Basis der OMGUS-, HICOG- und EMBASSY-Berichte. Teil 2: 1950–1965, *ZA-Information*, 18, 56–66.

Friedrich, Carl J. (1943), Principles of Informational Strategy, *Public Opinion Quarterly*, 7, 77–89.

Fromm-Reichmann, Frieda (1943), Psychoanalytic Therapy with Psychotics, *Psychiatry*, 6, 277–289.

Fromm-Reichmann, Frieda (1960), *Principles of Intensive Psychotherapy*, Chicago: Chicago University Press.

Gareau, Frederick H. (1961), Morgenthau's Plan for Industrial Disarmament of Germany, *The Western Political Quarterly*, 14, 517–534.

Gerhardt, Uta (1991a), Talcott Parsons als Deutschlandexperte, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43, 211–243.

Gerhardt, Uta (1991b), Soziologie, Medizin und Re-Education, in: dies., *Gesellschaft und Gesundheit*, Frankfurt: Suhrkamp, 261–300.

Gerhardt, Uta (1993), Talcott Parsons's Sociology of National Socialism, in: U. Gerhardt (Ed.), *Talcott Parsons on National Socialism*, New York: Aldine de Gruyter, 1–77.

Gerhardt, Uta (1995), Margaret Mead's „Male and Female" Revisited, *International Sociology*, 10, 197–217.

Gerhardt, Uta (1996a), Die Geburt Europas aus dem Geist der Soziologie, *Ruperto Carola*, 2/1996, 24–30.

Gerhardt, Uta (1996b), Talcott Parsons and the Transformation of Germany Society at the End of World War II, *European Sociological Review*, 12, 303–325.

Gerhardt, Uta (1996c), A Hidden Agenda of Recovery: The Psychiatric Conceptualization of Reeducation for Germany in the United States During World War II, *German History*, 14, 297–324.

Gerhardt, Uta (1996d), *Talcott Parsons and the War Effort at Harvard University*, unveröffentlichtes Manuskript, International Sociological Association History of Ideas Conference (Amsterdam).

Gerhardt, Uta (1996e), Scholarship, not Scandal, *Sociological Forum*, 11, 623–630.

Gerhardt, Uta (1998), Charismatische Herrschaft und Massenmord im Nationalsozialismus, *Geschichte und Gesellschaft* (erscheint Heft 3/1998).

Gouldner, Alvin (1970), *The Coming Crisis of Western Sociology*, London: Heinemann.

Habermas, Jürgen (1963), *Theorie und Praxis,* Neuwied: Luchterhand.

Handbook of Military Government for Germany Prior to Defeat or Surrender, o. O., o. J. [Washington, D.C., Dezember 1944].

Hartshorne, Edward Y. (1937), *The German Universities and National Socialism*, London: Allen and Unwin.

Herbst, Ludolf; Werner Bührer und Hanno Sowade (Hg.) (1990), *Vom Marshallplan zur EWG,* München: Oldenbourg.

Hetzer, Gerhard (1988), Unternehmer und leitende Angestellte zwischen Rüstungseinsatz und politischer Säuberung, in: Martin Broszat; Klaus-Dieter Henke und Hans Woller (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform,* München: Oldenbourg, 551–591.

Hogan, Michael J. (1987), *The Marshall Plan: America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1952,* Cambridge: Cambridge University Press.

House, Floyd H. (1950), The Structure of Social Action (Rezension), *American Journal of Sociology,* 55, 504–505.

Huxley, Aldous (1932), *Brave New World,* London: Chatto and Windus.

Ingersoll, Ralph (1941), *America Is Worth Fighting For,* New York, Indianapolis: Bobbs Merrill.

Jones, Joseph M. (1955), *Fifteen Weeks: February 21–June 5, 1947,* New York: Viking.

Kaiser, Philip N. (1992), *Journeying Far and Wide. A Diplomatic Memoir,* New York: Scribner's.

Keen, M.F. (1995), Talcott Parsons on National Socialism (Rezension), *American Journal of Sociology,* 101, 1359–1361.

Kindleberger, Charles P. (1989), *The German Economy, 1945–1947. Letters from the Field,* Boulder, CO: Meckler.

Kindleberger, Charles P. (1991), *The Life of an Economist,* Cambridge: Blackwell.

Klauszner, Samuel und Victor Lidz (Hg.) (1986), *The Nationalization of the Social Sciences,* Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

König, René (1956), Eléments pour une sociologie de l'action (übersetzt ins Französische von F. Bourricard) (Rezension), *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,* 8, 351–352.

Kraiker, Gerhard, Hg. (1986), *1945 – Die Stunde Null?* Oldenburg: Bibliotheks- und Informationszentrum der Universität Oldenburg.

Kuklick, Bruce (1972), *American Policies and the Division of Germany: The Clash With Russia Over Reparations,* Ithaca: Cornell University Press.

Landeen, William M. (1948), United States Policy in the Reeducation of Germany, in: Julia E. Johnsen (Hg.), *The Dilemma of Postwar Germany,* New York: Wilson, 192–199.

Lange-Quassowski, Jutta (1979), *Neuordnung oder Restauration? Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen,* Opladen: Westdeutscher Verlag.

Lasswell, Harold (1933), The Psychology of Hitlerism, *The Political Quarterly,* 4, 383–393.

Lasswell, Harold (1934), *Personal Insecurity and World Politics,* New York: Macmillan.

Lerner, Daniel (1949), *Psychological Warfare Against Nazi Germany: The Sykewar Campaign from D-Day to VE-Day,* New York: Stewart.

Martin, James Stewart (1950), *All Honorable Men,* Boston: Little, Brown.

Martindale, Don (1960), *The Nature and Types of Sociological Theory,* London: Routledge and Kegan Paul.

Menninger, Karl (1940), Psychoanalytic Psychiatry: Theory and Practice, *Bulletin of the Menninger Clinic,* 4, 105–123.

Merritt, Anna J. und Richard L. Merritt (1970), *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949,* Urbana: University of Illinois Press.

Merritt, Anna J. und Richard L. Merritt (1980), *Public Opinion in Semisovereign Germany,* Urbana: University of Illinois Press.

Mills, C. Wright (1959), *The Sociological Imagination,* London: Oxford University Press.

Mitchell, William C. (1967), *Sociological Analysis and Politics: The Theories of Talcott Parsons,* Englewood Cliffs: Prentice Hall.

Morgenthau, Henry Jr. (1945), *Germany Is Our Problem,* New York: Harper and Brothers.

Moskowitz, Moses (1946), The Political Reeducation of the Germans: The Emergence of Parties and Politics in Wuerttemberg-Baden (May 1945–June 1946), *Political Science Quarterly,* 61, 535–561.

Mowrer, O.H. (1943), Educational Considerations in Making and Keeping the Peace, *Journal of Abnormal and Social Psychology,* 38, 174–182.

Neumann, Franz L. (1947), Die Umerziehung der Deutschen, *Das sozialistische Jahrhundert* 2, 292–308, 329–345.

Offe, Claus (1970), *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit,* Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.

Padover, Saul (1948), The Failure of the Reeducation of Germany, in: Julia E. Johnsen (Hg.), *The Dilemma of Postwar Germany,* New York: Wilson, 180–192.

Parsons, Talcott (1937a), Remarks on Education and the Professions, *International Journal of Ethics,* 47, 365–369.

Parsons, Talcott (1937b), *The Structure of Social Action,* New York: McGraw Hill.

Parsons, Talcott ([1938] 1993a), Nazis Destroy Learning, Challenge Religion, in: U. Gerhardt (Ed.), *Talcott Parsons on National Socialism,* New York: Aldine de Gruyter, 81–84.

Parsons, Talcott ([1942a] 1993b), Max Weber and the Contemporary Political Crisis, in: U. Gerhardt (Ed.), *Talcott Parsons on National Socialism,* New York: Aldine de Gruyter, 159–188.

Parsons, Talcott ([1942b] 1993c), Democracy and Social Structure in Pre-Nazi Germany, in: U. Gerhardt (Ed.), *Talcott Parsons on National Socialism,* New York: Aldine de Gruyter, 225–242.

Parsons, Talcott ([1942c] 1993d), Propaganda and Social Control, in: U. Gerhardt (Ed.), *Talcott Parsons on National Socialism,* New York: Aldine de Gruyter, 225–242.

Parsons, Talcott ([1942d] 1993e), Some Sociological Aspects of Fascist Movements, in: U. Gerhardt (Ed.), *Talcott Parsons on National Socialism,* New York: Aldine de Gruyter, 243–274.

Parsons, Talcott ([1945] 1993f), The Problem of Controlled Institutional Change: An Essay in Applied Social Science, in: U. Gerhardt (Ed.), *Talcott Parsons on National Socialism,* New York: Aldine de Gruyter, 291–314.

Parsons, Talcott (1949), *Essays in Sociological Theory,* Glencoe/Ill: Free Press.

Parsons, Talcott (1951), *The Social System,* Glencoe/Ill.: Free Press.

Peisert, Hansgert (1994), Wanderungen zwischen Wissenschaft und Politik. Biographische Notizen über R.D., in: Hansgert Peisert und Wolfgang Zapf (Hg.), *Gesellschaft, Demokratie und Lebenschancen.* Festschrift für Ralf Dahrendorf, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 3–40.

Penrose, E.F. (1953), *Economic Planning for the Peace,* Princeton: Princeton University Press.

Plischke, Elmer (1948), Denazification: Law and Procedure, in: Julia E. Johnsen (Hg.), *The Dilemma of Postwar Germany,* New York: Wilson, 145–160.

Robertson, Roland und Bryan S. Turner (Hg.) (1991), *Talcott Parsons Theorist of Modernity,* London: Sage.

Rostow, Walt W. (1981), *The Division of Europa After World War II: 1946,* Austin: University of Texas Press.

Rupieper, Hermann-Josef (1993), *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie 1945–1952,* Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schmidt, Eberhard (1972), *Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublick Deutschland.* Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.

Schröter, Harm G. (1997), Zur Übertragbarkeit sozialhistorischer Konzepte in die Wirtschaftsgeschichte, in: Konrad Jarausch und Hannes Siegrist (Hg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland, 1945–1970,* Frankfurt: Campus, 147–165.

Schuman, Frederick (1941), *Night Over Europe: The Diplomacy of Nemesis,* New York: Knopf.

Schwanenberg, Enno (1970), *Soziales Handeln. Die Theorie und ihr Problem,* Bern, Stuttgart: Huber.

Smith, Ben (1991), *The Rise of Historical Sociology,* Cambridge: Harvard University Press.

Strasser, Hermann (1994), Talcott Parsons on National Socialism (Rezension), *European Sociological Review,* 10, 292–294.

Sullivan, Harry S. (1941), Psychiatric Aspects of Morale, *American Journal of Sociology,* 47, 277–301.

Taylor, Edmond (1940), *A Strategy of Terror,* Boston: Houghton Mifflin.

Turner, Bryan S. (1994), Talcott Parsons on National Socialism (Rezension), *Contemporary Sociology,* 23, 325–326.

Weber, Max ([1917] 1968), Der Sinn der „Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, in: Johannes Winckelmann (Hg.), *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre,* 3. Aufl., Tübingen: Mohr (Siebeck), 489–540.

Weil, Martin (1978), *A Pretty Good Club. The Founding Fathers of the US Foreign Service.* New York: Norton.

Wiggershaus, Rolf (1986), *Die Frankfurter Schule,* München: Hanser.

Woller, Hans (1986), *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone,* München: Oldenbourg.

Wrong, Dennis (1961), The Oversocialized Conception of Man in Modern Sociology, *American Sociological Review,* 26, 183–193.

Wrong, Dennic (1996), Truth, Misinterpretation, or Left-wing McCarthyism?, *Sociological Forum,* 11, 613–622.

Zapf, Wolfgang (1996), Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, *Leviathan,* 1, 63–77.

Zink, Harold (1947), *American Military Government in Germany,* New York: Macmillan.

Adresse der Autorin:
Prof. Dr. Uta Gerhardt
Universität Heidelberg
Lehrstuhl für Soziologie II
Sandgasse 9
D-69117 Heidelberg

Die deutsche Gesellschaft in sozialwissenschaftlicher Sicht

Bernhard Schäfers
Wolfgang Zapf (Hrsg.)
Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands

1998. Ca. 800 Seiten.
Gbd. 98,- DM.
ISBN 3-8100-1605-5
Studien-Ausgabe
Kart. 68,- DM.
ISBN 3-8100-2065-6

Das Handwörterbuch stellt in 65 Artikeln Grundlagen und Grundstrukturen des gesellschaftlichen Systems Deutschlands dar.
Es ist ein umfassendes, zuverlässiges Grundlagenwerk für alle, die sich in Studium oder Beruf mit der Gesellschaft Deutschlands auseinandersetzen.

Jedem Beitrag liegt folgende Gliederung zugrunde: Definition und Abgrenzung; sozialgeschichtlicher Hintergrund; gegenwärtige sozialstrukturelle Ausprägung; sozialpolitische Relevanz.
Das Gewicht liegt auf der gegenwärtigen sozialstrukturellen Ausprägung des betrachteten Gegenstandes – z.B. Alltag; Arbeitslosigkeit; Armut; Eigentum; Familie und Verwandtschaft; Öffentlichkeit; Verkehr; Wohnen.

Leske + Budrich
Postfach 300551 51334 Leverkusen
E-Mail: lesbudpubl@aol.com
http://www./leske-budrich.de